

Juli 2008

ver.di

EXTRA

WECKER

von Beschäftigten für Beschäftigte der Finanzverwaltung Bayern

Noch lange nicht das „letzte Wort“ !

Lassen Sie sich nicht entmutigen – auch wenn die CSU unsere Massenpetition gegen die „42-Stunden-Woche“ gerne totschweigen möchte – so schnell geben wir nicht auf ! Mittlerweile sind schon über 50 Petitionen mit weit über 6.000 Unterstützer/innen gegen die 42-Stunden-Woche im Bayerischen Landtag eingegangen. Davon alleine 3.800 Petenten aus dem Finanzbereich. Der CSU ist dies unangenehm und sie möchte „aus Zeitgründen“ einen Großteil der Petitionen erst nach den Landtagswahlen beraten. So soll der massive Protest der Beschäftigten in der Öffentlichkeit nicht bekannt werden.

Auch wenn die politisch Verantwortlichen unseren massiven Protest verstecken oder kleinreden möchten: Diese große Beteiligung zeigt die große Verärgerung und den Widerstand **gegen die unter Wortbruch zustande gekommene Arbeitszeitverlängerung** deutlich auf. Behandelt werden unsere Petitionen im Landtagsausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes. In seiner Sitzung am 27.05.2008 hat nun dieser Ausschuss die ersten Petitionen mit insgesamt 2274 Unterzeichner/innen behandelt. Während die Opposition von SPD und „Grüne“ unsere Petitionen in vollem Umfang unterstützte, wurden von der „Staatspartei“ Argumente aufgeföhren, die deutlich aufzeigen, wie überrascht diese MdL's vom massenhaften Protest der Beamtenschaft sind. Als Berichterstatterin hatte **MdL Christa**

Naaß (SPD) darauf hingewiesen, dass diese Arbeitszeitverlängerung ein weiteres Sonderopfer für die Beamtenschaft sei und in großem Umfang Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst vernichtet habe. Deshalb sei eine sofortige Abschaffung der „42-Stunden-Woche“ notwendig. Die Abgeordnete **Ingrid Heckner (CSU)** versuchte daraufhin die Probleme im Weichspülgang zu behandeln: Die CSU habe ja gar nicht die Absicht gehabt, Stellen im öffentlichen Dienst abzubauen. Vielmehr hätten „die Beamtinnen und Beamten...gebeten werden müssen, mit ihrer Arbeitsleistung einen zusätzlichen Beitrag zu leisten“ (Protokoll der LT-Ausschusssitzung, S. 10). Wir waren bisher der Meinung, dass jemand, an den eine Bitte gerichtet wird, auch sagen kann:

Impressum:

Eine Veröffentlichung der Gewerkschaft ver.di-Landesbezirk Bayern.
Verantwortlich: Norbert Flach, Schwanthalerstr. 64, 80336 München

„Nein, so nicht und nicht mit uns!“ Und dann wollte uns MdL Heckner auch noch Anteil haben lassen an ihrer Sicht des bayerischen öffentlichen Dienstes. *„Der Freistaat Bayern brauche motivierte Beamtinnen und Beamte. Motivation werde durch die jetzt anstehende Dienstrechtsinitiative geschaffen“* (Protokoll

klar zu machen, wie gut sie es mit den Beamtinnen und Beamten meint. Da werden Pressemitteilungen des Finanzministeriums ins AIS eingestellt, in dem sogar behauptet wird *„Die Eckpunkte des Neuen Dienstrechts tragen die Handschrift der Staatsregierung und des Beamtenbundes in gleicher Weise“*. Gegen



Ver.di-Delegation bei Staatssekretär Georg Fahrenschon.
vlnr:
Hans Bergmann,
Dieter Fulda,
Norbert Flach
(ver.di-Landesfachbereichsleiter),
Werner Stupka,
Angelica Dullinger

S. 10). Also nur noch „Dienstrechtsreform“ und sonst nichts mehr! Wir sagen „Ja“ zur Dienstrechtsreform, denn sie wurde unter maßgeblicher Beteiligung des DGB und ver.di entwickelt. Aber die Beschäftigten brauchen auch eine bessere Bezahlung, bessere Beförderungsmöglichkeiten und adäquate Arbeitszeiten, die sich zumindest am Durchschnitt des öffentlichen Dienstes orientieren. Genau dies ist nicht der Fall. Und dann hat am 27.Mai 2008 im Landtagsausschuss auch noch der Ausschussvorsitzende **Prof. Dr. Eykmann** (CSU) gemeint, zum Besten geben zu müssen, wie er die Beamtenschaft sieht ! *„Er habe kein Verständnis dafür, dass die 42-Stunden-Woche das seelische und körperliche Existenzminimum jedes einzelnen Beamten zu zerstören scheine. Ihn verwundere die große Empörung wegen einer Verlängerung der Wochenarbeitszeit um zwei Stunden....Es gehe nicht an, dass immer zusätzliche Forderungen gestellt würden. Er gehöre zwar noch immer nicht zu den Befürwortern der Arbeitszeitverlängerung; die Verlängerung der Wochenarbeitszeit um zwei Stunden für die Beamtinnen und Beamten sei jedoch ein durchaus erträgliches Maß“* (Protokoll S. 13). Natürlich war uns klar, dass diese Unterschriftenaktion für die Staatsregierung und für die CSU sehr unangenehm sein würde. So kurz vor den Landtagswahlen ist massiver Protest aus dem öffentlichen Dienst keine gute Wahlwerbung. Und die Staatsregierung versucht auch verzweifelt, den Beschäftigten

solches „Lob“ kann man sich nur schwer schützen, das ist uns klar. Aber es ist natürlich auffallend, dass die Staatsregierung vor der Landtagswahl ihre Nähe – zumindest zu einer - „Gewerkschaft“ herausstellen möchte, um ihre große Arbeitnehmerfreundlichkeit zu demonstrieren. Dazu reichen aber schöne Worte und Absichtserklärungen nicht aus – Handlungen sind angezeigt. Die Äußerungen von Dr. Eykmann über das „seelische und körperliche Existenzminimum jedes einzelnen Beamten“ zeigen leider deutlich, wie von diesem Ausschussvorsitzenden unsere berufliche Wirklichkeit gesehen wird, wie bedeutungslos die großen Organisationsprobleme gerade junger Familien mit dieser Arbeitszeitverlängerung für ihn sind und wie wenig ihn der Arbeitsplatzverlust im öffentlichen Dienst interessiert. Zumindest räumt Dr. Eykmann noch ein, *„dass hinsichtlich einer Arbeitszeitverlängerung noch vor der Landtagswahl 2003 andere Ankündigungen gemacht worden seien als danach“* (Protokoll S. 13). Genau dies ist der Punkt: Über was soll man sich denn eigentlich dann noch empören, wenn nicht über klare Wortbrüche der politischen Spitze !!! Da kann es doch kein „Schwamm drüber“ geben – hier geht es um die Glaubwürdigkeit der Politik! Wie groß die Belastung der Beamtenschaft mit der 42-Stunden-Woche ist, scheint Dr. Eykmann nicht zu wissen. Da bleibt rätselhaft, was aus diesem Mann geworden ist, dem doch noch im Jahr 2006 das „Ehrenzeichen in Gold des Bayerischen Beamtenbundes“ verliehen

wurde – „Als Dank, Anerkennung und Auszeichnung seines stets weit blickenden und umsichtigen Wirkens und den fortwährenden Einsatz für die Belange der Beschäftigten“ (aus der Laudatio des BBB-Vorsitzenden Habermann). Damit hier kein falscher Zungenschlag aufkommt: Unsere Aktion „Petition gegen die 42-Stunden-Woche“ lief mit großer Unterstützung von Kolleginnen und Kollegen der bfg. Für diese Unterstützung bedanken wir uns ausdrücklich und ganz herzlich.

Und was geschieht jetzt mit den über 4000 Petenten, deren Anträge noch nicht im Mai vom Landtagsausschuss behandelt wurden ? Nach derzeitigem Stand möchte die CSU diese Petitionen erst nach der Landtagswahl (!!!)beraten. Dies bedeutet im Klartext, dass vor den Landtagswahlen die Öffentlichkeit

in Bayern nichts mehr vom „vieltausendfachen Protest der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst gegen die 42-Stunden-Woche“ erfahren soll. So würde eine Ruhe und Zufriedenheit vorgegaukelt, die gar nicht existiert. Ob hinter dieser Handlungsweise nur Terminnot (wegen des Endes der Landtagsperiode) oder Kalkül steckt, mag jede/r für sich beantworten. Ein Schelm, der Böses dabei denkt ! Wir jedenfalls werden die Öffentlichkeit (wie durch diesen „Wecker EXTRA“) über dieses durchsichtige Verhalten informieren. Denn solche Verhaltensweisen müssen natürlich noch vor der Wahl bekannt sein, damit nicht nach der Wahl wieder Überraschungen drohen !!!

Beförderungsstau anpacken !

Ver.di führt Gespräch mit Staatssekretär Georg Fahrenschon

Personallage und Beförderungsstau in der bayerischen Steuerverwaltung sind dramatisch. Der Doppelhaushalt 2009/2010 muss genutzt werden, um endlich Verbesserungen zu erreichen. Hierzu hat die Gewerkschaft ver.di dem Staatssekretär Georg Fahrenschon ein „6-Punkte-Programm“ vorgelegt und mit ihm erörtert.



Ver.di mit Staatssekretär Georg Fahrenschon (ganz links), daneben N. Flach, W. Stupka, H. Bergmann, D. Fulda, A. Dullinger

Staatssekretär Fahrenschon hat uns deutliche Verbesserungen zugesagt. „Die Personalmehrungen in der Steuerverwaltung werden „im hohen Hunderter-Bereich liegen“. Dies ist erfreulich und ein positiver Schritt, um die Personalnot und den Beförderungsstau zu verbessern. Grundlage für das Gespräch war das „ver.di-6-Punkte-Programm“. Staatssekretär Fahrenschon sicherte eine intensive Prüfung dieser Punkte zu. Weitere Teilnehmer des Finanzministeriums waren der Personalreferent Dr. Kathke, der Organisationsreferent Herr König und der Bp-Referent Herr Eisgruber. So lautet das „6-Punkte-Programm“ von ver.di:

- 1. Heranführung an das Zuteilungssoll (ZuSo):** Die Personalausstattung ist in allen Bereichen der Bayerischen Finanzämter in einem ersten Schritt so anzuheben, dass zumindest das so

genannte „Zuteilungssoll“ tatsächlich realisiert wird. **Dies bedeutet insgesamt 1.000 neue Stellen im höheren, gehobenen, mittleren und einfachen Dienst. Ziel muss**

allerdings sein, dass die Personalausstattung der Bayerischen Finanzämter den Werten der deutlich höheren, von den Arbeitgebern erstellen Personalbedarfsberechnung entspricht.

2. Besondere Belastung

Ballungsräume: Die besondere Belastung des Personals in den großen Ballungsräumen ist durch darüber hinausgehende Personalaufstockungen auszugleichen. Insbesondere der BORH hat in seinen Prüfberichten des Jahres 2007 („Steuerfestsetzung bei bedeutenden Einzelfällen“ und „Querschnittsuntersuchung der Steuerfahndungsstellen der Finanzämter“) festgestellt, dass in den beiden großen Ballungsräumen sowohl in der Veranlagung als auch den Prüfungsdiensten erhöhte Schwierigkeits-grade als auch besondere Probleme vorliegen.

3. Abbau des Beförderungsstaus: Um die beruflichen Perspektiven nachhaltig zu verbessern, ist ein schneller Abbau des massiven Beförderungsstaus in allen Teilen der Bayerischen Finanzämter anzugehen. Insoweit schließt sich ver.di uneingeschränkt den Feststellungen des LfSt an, das in der Stellungnahme vom 23.04.2008 zum Doppelhaushalt zum Abbau des Beförderungsstaus gefordert hat. In einem ersten Schritt bedeutet dies, dass folgende Stellenhebungen in Doppelhaushalt enthalten sein müssen:

<u>Hebung nach BesGr.</u>	<u>Hebungen</u>
A 15	1
A13	318
A12	673
A11	418
A9+Z	351
A9	606
A8	250
Tarifbereich nachE6	300

4. Deutliche Verbesserung der Prüfungsintensität in Bp, Steufa und Umsatzsteuer Sonderprüfung sowie der BuStra-Stellen:

a. Sowohl die Rechnungshöfe, als auch das LfSt und die Gewerkschaft ver.di haben wiederholt darauf hingewiesen,

dass gerade Bayern beim Prüfungsturnus und der Ausstattung mit Prüferinnen und Prüfern im Schlussbereich der Bundesländer rangiert. Dies führt zu Verzerrung bei der Gleichmäßigkeit der Besteuerung. Deshalb sind die bayerischen Prüfungsdienste auf das bundesdeutsche Niveau i.S. Personalausstattung und Prüfungsdichte heranzuführen. Zusätzlich ist im Bereich der Größt- und Konzernbetriebsprüfung das Spitzenamt A13+Z einzuführen. In den Steuerfahndungsstellen sind „hauptberufliche“ Vermögensabschöpfer auszuweisen.

5. Ausweitung von A 13 in der AV: Es sollte in der AV ein „doppelter Laufbahnweg“ nach A 13 eingeführt werden. Hierzu sollten einerseits alle Sachgebietsleiter-Dienstposten nach A 13 ausgebracht werden. Zusätzliche solle als Spitzenamt für herausragende Sachbearbeiter/innen, für die eine Führungsfunktion nicht in Frage kommt, ebenfalls A 13 eingeführt werden. Für die Einstufung aller Sachgebietsleiter/innen nach A 13 sind in einem ersten Schritt 250 Stellen nach A 13 im Haushalt auszubringen (s. a. Tz. 3)

6. Abbau der Überalterung: Die bayerische Steuerverwaltung ist mit einer immer stärkeren „Überalterung“ konfrontiert. Einzelne Finanzämter haben bereits ein Durchschnittsalter von über 50 Jahren. Um zukünftige Aufgaben bewältigen zu können, ist rechtzeitig eine Verjüngung der Verwaltung anzugehen. Deshalb sollten in den nächsten Jahren deutlich höhere Einstellungszahlen erreicht werden. Insbesondere im Jahr 2011, in dem zwei Abiturjahrgänge auf den Arbeitsmarkt drängen, sollte eine deutliche höhere Einstellungszahl angestrebt werden.

Die Umsetzung dieses „6-Punkte-Programms“ würde die Personalausstattung und die beruflichen Perspektiven in der bayerischen Steuerverwaltung deutlich verbessern. Deshalb ist die Umsetzung dringend nötig.